



Liebe Leserinnen und Leser,

für mich war die Eröffnungsfeier der Paralympics in Vancouver das erste Highlight auf meiner ersten Delegationsreise als Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Eröffnungsfeier war einfach toll, die Stimmung großartig. Die Kanadier haben für eine fröhliche und feierliche Veranstaltung gesorgt, in deren Mittelpunkt Menschen mit Behinderung standen. Einige Sportler wurden in Filmbeiträgen vorgestellt und die Schau reichte von Rollstuhllakrobatik bis zur Kunst behinderter Musiker. Es war sehr bewegend.

Mit Kollegen aller Fraktionen aus dem Sportausschuss konnte ich mir vom 11. bis 15. März in vielen Hintergrundgesprächen einen Eindruck verschaffen von den oft genug schwierigen Bedingungen, unter denen Sportler mit Behinderung sich ihre außerordentlichen Leistungen antrainieren. Zum Beispiel erzählte man mir von dieser Athletin, die sich zu Hause auf ihr Abitur vorbereitet und deshalb wichtige Trainingseinheiten ausfallen lassen musste. Sie hatte einfach nicht die Zeit, sich beidem zu widmen. Es fehlen Sportschulen und Internate. Die Vereine und Trainingsstätten sind oft weit vom Heimatort entfernt und dadurch nur umständlich zu erreichen. Hier gibt es viel zu tun.

Auch bei der Vereinbarkeit von Sport und Beruf haben Menschen mit Behinderung sehr viel schlechtere Chancen, weiß ich aus meiner Arbeit im Ausschuss Arbeit und Soziales. Spitzensportler finden oft einen Arbeitsplatz bei Polizei oder Bundeswehr. Dieser Weg ist den Sportlern mit Behinderung noch verwehrt. Deshalb begrüße ich die Initiative des Bundesministeriums des Inneren, noch mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung einzurichten. Auch der deutsche Behindertensportverband fordert seit langem die Gleichberechtigung von behinderten und nicht behinderten Athleten. Es herrscht schlicht ein Ungleichgewicht, das keine Berechtigung hat.

Es ist ein erster kleiner Schritt, dass die Modefirma, die schon seit langem deutsche Olympiateilnehmer einkleidet, zum ersten Mal auch die Kleidung für die Paralympioniken stellte.

Ihre

M. Heil



Das olympische Feuer...



...und Mechthild Heil neben dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Sport der CDU/CSU-Fraktion, Klaus Riegert, bei der Eröffnungsfeier der Paralympics

Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227 77 040
Telefax (030) 227 76 423
Em@il mechthild.heil@bundestag.de
www.mechthild-heil.de

Mechthild Heil MdB (CDU) begrüßt Erhöhung der Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm des Bundes:

400 Millionen Euro mehr für umweltgerechte Maßnahmen

Auf Antrag der christlich-liberalen Koalition hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms der KfW-Förderbank um 400 Mio. € erhöht. Darauf weist die CDU-Bundestagsabgeordnete Mechthild Heil hin.

Mit der beschlossenen Erhöhung steht im Haushaltsjahr 2010 ein Programmvolumen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zur Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und Reduzierung des CO₂-Ausstosses bei Wohngebäuden, in Großwohnsiedlungen und bei kommunalen Einrichtungen, wie z.B. Schulen und Kindergärten, zur Verfügung. „Die im Entwurf der Bundesregierung für 2010 für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm vorgesehenen Mittel in Höhe von bereits 1,1 Milliarden Euro sind damit nochmals um mehr als ein Drittel erhöht worden“, begrüßt Mechthild Heil die Entscheidung, die als selbständige Architektin auch beruflich eng mit diesem Thema verbunden ist.

Erster Haushalt der Legislaturperiode

Mit der Absenkung der Nettokreditaufnahme um 5,6 Mrd. Euro auf 80,2 Mrd. Euro gegenüber dem Entwurf des Haushalts dokumentiert die christlich-liberale Koalition ihren Willen zur Konsolidierung. Dies ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse bis zum Jahre 2016, die die schrittweise Reduzierung des strukturellen Defizits auf dann 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorgibt. Mit Blick auf die noch nicht vollständig bewältigten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es ebenso von großer Bedeutung, dass den Ausgaben für öffentliche Investitionen eine klare Priorität gegeben wird. Trotz der beachtlichen Kürzung der Ausgaben insgesamt werden die Investitionsausgaben auf ihrem Niveau gehalten, die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sogar weiter erhöht. Gerade in einer Situation, in der die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Lage der öffentlichen Haushalte in Europa und in der Eurozone zunimmt, ist es wichtig, dass Deutschland als großes Mitgliedsland bei der Haushaltskonsolidierung mit gutem Beispiel vorangeht und mit seiner Haushaltspolitik als Stabilitätsanker dient.

Volkskammerwahlen vor 20 Jahren

Entscheidender Schritt auf dem Weg zur Deutschen Einheit: Am Donnerstag erinnern wir in einer Feierstunde an den 20. Jahrestag der Volkskammerwahl am 18. März 1990. Damals konnten die Menschen in der damaligen DDR erstmals in einer freien, gleichen und geheimen Wahl über die Zusammensetzung ihres Parlaments entscheiden. Ihre Entscheidung war eindeutig: drei Viertel der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme für Parteien ab, die sich für eine schnelle Wiedervereinigung einsetzten. Mit 48 Prozent wurde die aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch bestehende „Allianz für Deutschland“ mit deutlichem Abstand stärkste politische Kraft in der letzten Volkskammer.

Nach über vierzig Jahren linker Diktatur, nach Unterdrückung und sozialistischer Misswirtschaft votierten die Ostdeutschen für Freiheit, Menschenrechte und soziale Marktwirtschaft. Sie stimmten für die Werte des Grundgesetzes. Und sie machten klar, wem sie den politischen Weg zu einem gesamtdeutschen Staat am ehesten zutrauten: Bundeskanzler Helmut Kohl und der Union in Ost und West.

Die Volkskammerwahl war eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Sie war die Krönung der Anstrengungen der ostdeutschen Demokratiebewegung und schuf die Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit der Regierung der DDR unter Führung von Lothar de Mazière und der Bundesregierung, die in die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mündete. Der 18. März 1990 verdient deshalb einen Ehrenplatz unter unseren Gedenktagen.

Runder Tisch zur Verhinderung von Kindesmissbrauch

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und Bundesbildungsministerin Annette Schavan zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Verhinderung von Kindesmissbrauch. Aufgabe des Runden Tisches muss es sein, die Prävention zu verbessern. Dafür ist ein breiter Dialog nötig, an dem Vertreter aller gesellschaftlich relevanter Akteure teilnehmen. Eine Verengung auf eine spezielle Gruppe würde dem Ansinnen, die Zahl der Fälle von Kindesmissbrauch präventiv deutlich zu senken, nicht gerecht werden. Es ist selbstverständlich, dass auch Vertreter des Bundesjustizministeriums zu diesen Gesprächen eingeladen werden, auch wenn juristische Aspekte nicht im Zentrum der Initiative der Bundesfamilienministerin stehen. Denn es geht nicht primär um strafrechtliche und zivilrechtliche Sanktionen, sondern vor allem um zivilgesellschaftliche Prävention und Verhaltensregeln im Umgang mit Kindesmissbrauch.

Diese Woche im Parlament

In zweiter und dritter Lesung steht in dieser Woche der Bundeshaushalt 2010 zur Verabschiedung an. Es ist ein Übergangshaushalt, in dem sich die finanziellen Auswirkungen der noch nicht überwundenen internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise widerspiegeln. In 310 Änderungsanträgen sind die Ausgabenansätze gegenüber dem Entwurf um insgesamt 5,9 Mrd. Euro nach unten korrigiert worden. Damit wurden im Haushalt 2010 erste Pflöcke für den ambitionierten Konsolidierungspfad der Koalition in den nächsten Jahren eingeschlagen.

Im bisherigen parlamentarischen Verfahren in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sind mit 310 Änderungsanträgen die Ausgabenansätze um insgesamt 5,9 Mrd. Euro nach unten korrigiert worden. In Rahmen der Beratung konnten trotz dieser beachtlichen Kürzung der Ausgaben die Investitionen konstant gehalten werden. Damit werden trotz der Krise Prioritäten gesetzt und die Kräfte zur Überwindung dieser Krise nachhaltig gestützt.



Bundeskanzlerin
Angela Merkel
sprach am Mittwoch
in der Generaldebatte
zum Bundeshaushalt 2010

Mechthild Heil ist zum stellvertretenden Mitglied im Kuratorium der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und ins Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung gewählt worden. Die **Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland** ist an drei Standorten in Bonn, Leipzig und Berlin vertreten. Sie zeigt deutsche Geschichte von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart. Vielfältige Multimedia-Angebote begleiten die Besucher durch die Ausstellungen und machen diese dadurch sehr lebendig. Die **Bundeszentrale für politische Bildung** engagiert sich gemeinsam mit einem bundesweiten Netzwerk aus Landeszentralen, Bildungseinrichtungen und -trägern für politische Bildung und Kultur – unabhängig und überparteilich. Ihre Aufgabe ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Schon Max Frisch wusste: „Wer sich nicht mit Politik befasst, hat die politische Parteinahme, die er sich sparen wollte, bereits vollzogen.“

Daten und Fakten

Anteil der unbefristeten Vollzeitjobs konstant

Die Quote der unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse ist über die letzten zehn Jahre konstant geblieben. Genau wie vor zehn Jahren haben heute vier von zehn Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einen unbefristeten Vollzeitjob. Dagegen hat der Anteil der unbefristeten Teilzeitstellen auf heute zehn Prozent stark zugenommen. Deutliche Zuwächse gab es auch im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Gleichzeitig ist der Anteil der Nichterwerbstätigen zurückgegangen. Das bedeutet, dass per Saldo vor allem diejenigen von der Ausweitung der geringfügigen und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse profitiert haben, die vorher keiner bezahlten Beschäftigung nachgegangen sind.

Dagegen gibt es keine Hinweise auf eine Umwandlung unbefristeter Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse in geringfügige oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Deutschland weltspitze bei forschungsintensiven Industrien

Deutschland gehört weltweit zu den größten Produzenten und Exporteuren forschungsintensiver Güter. Fast 50 Prozent der Gesamtwertschöpfung stammt in Deutschland aus forschungsintensiver Produktion und wissensintensiver Dienstleistungen. Das ist so viel wie in keinem anderen Land. 1995 hatte der Anteil forschungsintensiver Produktion noch lediglich 42 Prozent betragen.

Die starke Fokussierung auf forschungsintensive Güter und Dienstleistungen bildet nach Meinung von Experten die Grundlage dafür, dass Deutschland gestärkt aus der aktuellen Wirtschaftskrise hervorgehen wird.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Arbeitskosten im 4. Quartal 2009 leicht gesunken

Die Arbeitskosten pro Stunde sind im vierten Quartal 2009 im Vergleich zum vorangegangenen Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,4 Prozent gesunken. Damit setzte sich der Trend aus dem dritten Quartal 2009 (- 0,2 Prozent) fort. Der mit Beginn der Wirtschaftskrise im vierten Quartal 2008 (+ 2,3 Prozent) und im ersten Quartal 2009 (+ 1,4 Prozent) festgestellte deutliche Anstieg der Arbeitskosten ist gestoppt.

Auch im Vorjahresvergleich stiegen die kalenderbereinigten Arbeitskosten mit 1,6 Prozent deutlich schwächer an als in den vorangegangenen vier Quartalen, in denen die Wachstumsraten des Arbeitskostenindex zwischen 4,3 Prozent und 5,3 Prozent lagen.

Für die Arbeitgeber ist neben den Arbeitskosten auch die Anzahl der von den Arbeitnehmern geleisteten Arbeitsstunden bedeutend. Mit Beginn der Wirtschaftskrise blieb das Volumen der Arbeitskosten nahezu unverändert, durch den Abbau von Überstunden auf Arbeitszeitkonten sowie verstärkte Kurzarbeit arbeiteten und produzierten die Arbeitnehmer aber weniger. Dies verteuerte aus Sicht des Arbeitgebers den Produktionsfaktor Arbeit. Im Jahr 2009 stiegen die Arbeitskosten je geleisteter Stunde im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Prozent an. Dies war der stärkste Anstieg seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1996.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)